Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

19.1.1928 (No. 16)

Visual Library

№ 16 Donnerstag, den 19. Januar 1928 171. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweise Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Etatsdebatte im Reichstag

Vor der Rede des Reichsfinanzministers

Heute Donnerstag nachmittag beginnen im Reichstag wieder nach einmonatiger Pause die Plenarsitzungen. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des **Reichsetats für 1928.** Die einleitende Rede hält, wie üblich, der **Reichsfinanzminister.** Die Aussprache zur Rede des Ministers wird wie alle Jahre, als **politische Generaldebatte** geführt werden, doch steht es noch nicht fest, ob sich die Debatte sofort anschließen wird oder ob den Fraktionen erst Gelegenheit gegeben wird, sich mit dem Inhalt der Rede zu beschäftigen. Als Redner bei der Etatdebatte werden für die Sozialdemokraten der Abg. Severing, der frühere preußische Minister des Innern, für das Zentrum der Fraktionsvorsitzende von Guérard, für die Deutschnationalen der Abg. Wallraf, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Dr. Cremer und für die Demokraten der Abg. Koch-Weser, für die Bayerische Volkspartei der Abg. Leicht und für die Wirtschaftliche Vereinigung der Abg. Drewitz sprechen.

Der Personalstand des Reichs

VDZ. **Berlin,** 19. Jan. (Tel.) Dem Reichstag ist vom Finanzminister eine Übersicht über den **Personalstand** nach dem Stande vom 1. Oktober 1927 zugegangen. Danach waren zu diesem Zeitpunkt bei den Hoheitsverwaltungen 97 282 Beamte, 25 001 Angestellte und 51 473 Arbeiter, bei der Post und Reichsdruckerei 249 125 Beamte, 3593 Angestellte und 44 483 Arbeiter beschäftigt. Seit dem 1. April 1927 hat sich die Zahl der Beamten bei den Hoheitsverwaltungen um 2155 Köpfe vermehrt, die in der Hauptsache auf die Reichsfinanzverwaltung entfallen. Ferner ist eine Vermehrung der Arbeiter um 6170 Köpfe eingetreten, die hauptsächlich beim Reichsverkehrsministerium erfolgte. Die Zahl der Angestellten hat sich um 1623 vermindert. Bei der Post ist eine Verminderung der Beamten um 1560 zu verzeichnen, dagegen eine Vermehrung der Angestellten um 1418 und der Arbeiter um 1913 Köpfe.

Dr. Marx bei Hindenburg

WTB. **Berlin,** 19. Jan. (Tel.) Der **Reichspräsident** hat heute vormittag Dr. **Marx** zum Vortrag empfangen.

Ein Geisteskranker im Palais des Reichspräsidenten

WTB. **Berlin,** 19. Jan. (Tel.) Im Palais des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße erschien heute vormittag ein Mann, der den Reichspräsidenten zu sprechen wünschte. Er wurde vom Diener in das Büro verwiesen, von wo er sich nach einigem Verweilen entfernte und dann an den Reichswehrposten herantrat, diesen in militärischer Weise prüfte und dabei irre Reden führte. Der Mann lief dann auf dem Hofe umher und mußte schließlich von einem herbeigerufenen Polizeibeamten zum Revier gebracht werden. Er wird auf seinen Geisteszustand untersucht werden; allem Anschein nach handelt es sich um einen **Geisteskranken.**

Gesetz gegen die autonomistische Propaganda in Frankreich

WTB. **Paris,** 19. Jan. (Tel.) Der von der Regierung eingebrachte **Gesetzentwurf** zur **Bekämpfung** jeder Art von **autonomistischer Propaganda** ist in der Kammer verteilt worden. Wie das „Journal" mitteilt, wird nach dem Gesetzentwurf jeder, der gegen die Integrität des Staatsgebietes wirkt, mit **Gefängnis von 1 bis 5 Jahren** und mit Geldstrafen bestraft. Außerdem kann auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Aufenthaltsverbot erkannt werden.

Der Luftverkehr Sevilla—Buenos Aires

WTB. **London,** 19. Jan. (Tel.) „Westminster Gazette" veröffentlicht eine Unterredung mit **Primo de Rivera,** der die Hoffnung äußerte, daß in einem Jahr der **Luftverkehr zwischen Sevilla und Buenos Aires mit Zeppelinluftschiffen** aufgenommen werde, die die Überfahrt in **drei Tagen** vollenden würden. Es sei klar, wie wichtig dies für die internationale Geltung Spaniens, für die Hebung seiner Ausfuhr und für den Touristenverkehr sein werde.

Die panamerikanische Politik der Ver. Staaten

WTB. **London,** 19. Jan. (Tel.) In einem Leitartikel über „panamerikanische Politik" sagt „Financial Times": Die Tatsache, daß das lateinische Amerika seine wirtschaftliche Entwicklung **britischem Kapital** verdankt, ist Grund genug, daß der britische Darlehnsgeber den Versuch der **Vereinigten Staaten,** eine **politische oder wirtschaftliche Diktatur** über Länder auszuüben, wo amerikanische Interessen auch jetzt noch verhältnismäßig beschränkt sind, übel aufnehmen müßte.

Französische Industrie-Anleihen in Amerika

M. **Berlin,** 19. Jan. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Staatsdepartement hat — einer Kabelmeldung von **New York** zufolge — nunmehr 40 Anträge der amerikanischen Banken auf französische Industrieanleihen gebilligt. Nachdem sich die Anträge gehäuft haben, wird amtlich mitgeteilt, daß solchen Anleihen nichts mehr entgegenstehe.

Letzte Nachrichten

Groener zum Reichswehrminister ernannt

WTB. Berlin, 19. Jan. (Tel.) Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amte des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

*

M. Berlin, 19. Jan. (Priv.-Tel.) In der Frage der Neubesetzung des Postens des Reichswehrministers haben heute weitere Besprechungen mit den Parteien stattgefunden. Die Kombinationen der heutigen Morgenblätter erweisen sich als durchweg hinfällig. Ein Berliner Mittagsblatt gab eine Rede des bisherigen Reichswehrministers Dr. Geßler im Kabinett wieder. Wie wir dazu erfahren, hat überhaupt keine Kabinettssitzung in den letzten Tagen stattgefunden. Der Reichskanzler hatte heute mittag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei von der Absicht des Reichspräsidenten, Gröner zu ernennen, Kenntnis gegeben. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben beide Parteien gestern starke Bedenken gegen diese Ernennung geltend gemacht, so daß die Kandidatur Gröners gestern abend als erledigt angesehen wurde. Der Reichspräsident hat aber in den Besprechungen, die heute vormittag stattfanden, darauf bestanden, daß die Entscheidung bei ihm liege.

Die „Voss. Ztg." hatte heute morgen gemeldet, daß auch der Reichsinnenminister von Keudell aus Gesundheitsrücksichten vom Reichspräsidenten seine Enthebung vom Amte erbitten wolle. Es handelte sich dabei um Gerüchte, die gestern nachmittag im Reichstag umgingen. Von führender deutschnationaler Seite wurden diese Gerüchte bereits gestern nachmittag als grundlos bezeichnet. Heute erklärt die Leitung der Deutschnationalen Partei, daß eine Absicht, Herrn von Keudell aus dem Kabinett zurückzuziehen, überhaupt nicht erwogen worden sei.

WTB. Berlin, 19. Jan. (Tel.) Ein rheinisches Blatt veröffentlicht aus einer amerikanischen illustrierten Zeitschrift angebliche Interviews mit Herrn v. Hindenburg und Herrn Gröner aus den Tagen der Revolution. Wie den Blättern mitgeteilt wird, erklären beide, daß solche Unterredungen niemals stattgefunden haben.

Die Reichsregierung und die Länderkonferenz

M. **Berlin, 19. Jan. (Priv.-Tel.). Auf der Länderkonferenz die gestern Abend ihren Abschluß gefunden hat, hat die Reichsregierung äußerste Zurückhaltung bewahrt. Nur dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held gegenüber hat der Reichsarbeitsminister Brauns das Wort ergriffen. Im übrigen hat lediglich der Kanzler einigemale zu Richtigstellungen gesprochen und am Schluß, als er mit Rücksicht auf die Verhandlungen im Zentrum die Konferenz verlassen mußte, den Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Hergt an seiner Stelle mit dem Abschluß der Konferenz beauftragt. Man hat sich erst ziemlich spät zu einem Kompromiß zusammengefunden, und, wenn wir recht unterrichtet sind, hat die Lage am gestrigen Abend vorübergehend als äußerst kritisch gegolten.**

Um das Reichsschulgesetz

VDZ. **Berlin,** 19. Jan. (Tel.) Der **Bildungsausschuß** des Reichstages setzte heute die Beratung des Reichsschulgesetzes fort. Für heute sind die **Abstimmungen** über die wichtigsten Paragraphen 14—16a zu erwarten. Desgleichen soll die Entscheidung über § 19a fallen.

*

Der § 16a des Reichsschulgesetzes. Wie aus **Berlin** gemeldet wird, wird die **Deutsche Volkspartei** ihre **Unterschrift** unter den § 16a des Schulgesetzes **zurückziehen.** Da dieser Paragraph keinen organischen Bestandteil des Gesetzes bildet, sind die übrigen Regierungsparteien damit einverstanden, **daß** der § 16a fortfällt. Damit gilt diese Angelegenheit als erledigt. Die Einigung darüber ist im interfraktionellen Ausschuß ohne Schwierigkeiten erzielt worden, der vor Beginn des Bildungsausschusses für kurze Zeit zusammengetreten war.

Der Fememordprozeß Wilms

WTB. **Berlin,** 19. Jan. (Tel.) Im **Fememordprozeß Wilms** ist das **Urteil** des Reichsgerichtes, durch das die Revision der zum Tode verurteilten Oberleutnant **Schulz** und **Fuhrmann** und Feldwebel **Klapproth** und **Umhofer** verworfen ist, jetzt zugestellt. Es umfaßt einige 20 Seiten. Gleichzeitig ist von der Verteidigung ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei der zuständigen Strafkammer in Berlin eingegangen.

Abschluß der Länderkonferenz

Eine gemeinsame Kundgebung — Einsetzung zweier Ausschüsse

Die Länderkonferenz in Berlin hat am gestrigen Mittwoch nach dreitägiger Dauer ihren Abschluß gefunden und die Delegierten sind abends bereits größtenteils wieder abgereist. Man hat eine **gemeinsame Entschließung** angenommen, die zur Vorbereitung einer Gesamtlösung der Verfassungs-, Verwaltungs- und Finanzprobleme **zwei Ausschüsse** vorsieht.

In Berliner politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Einsetzung der beiden Ausschüsse immerhin ein Ergebnis bedeutet und daß die Regelung der großen Probleme, mit denen die Konferenz sich zu befassen hatte, nunmehr auf den Weg gekommen ist. Man hat davon abgesehen, drei Ausschüsse zu bilden, und sich mit zwei Ausschüssen begnügt, weil die Frage der **Verfassungs- und Verwaltungsreform** so eng mit dem Verhältnis zwischen **Reich und Ländern** zusammenhängt, daß diese beiden Fragen durch **einen** Ausschuß bearbeitet werden können. Dieser Ausschuß wird 18 Mitglieder umfassen und zwar 9 Vertreter der Reichsregierung und 9 Ländervertreter. Die 9 Länder, die Mitglieder des Verfassungsausschusses des Reichsrates sind, sind Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, **Baden,** Thüringen, Hessen, Hamburg und Anhalt. Die Vertreter für jeweils ausfallende Vertreter dieser 9 Länder sind Mecklenburg-Schwerin und Lippe. In dem **Finanzausschuß,** den die Konferenz gebildet hat, werden Preußen, **Baden,** Hamburg und Thüringen vertreten sein.

Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich bei der **Inaussichtnehmung von Maßnahmen** (II der Verlautbarung) um eine **einseitige Erklärung der Reichsregierung** handelt. Wenn die Reichsregierung in diesem Teil der Verlautbarung sich bereit erklärt, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus geeignete Verwaltungsbereiche von leistungsschwach gewordenen Ländern auf das Reich zu übernehmen. Es handelt sich dabei namentlich um die **Justizverwaltung.**

Die Entschließung

wurde von dem Redaktionskomitee der Konferenz ausgearbeitet und hat folgenden Wortlaut:

Durchdrungen von der Überzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer **einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern** erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in ihrer heute zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I. Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die **Weimarer Regelung** des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern **unbefriedigend** ist und einer **grundlegenden Reform** bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die **unitarischen** oder die **föderativen** Kräfte stärken soll, oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine **Übereinstimmung nicht erzielt** werden konnte, so bestand doch darüber **Einigkeit,** daß eine **starke Reichsgewalt** notwendig ist.

Im übrigen wurde in **folgenden Punkten Einverständnis** erzielt:

1. Jede **Teillösung** ist **bedenklich.** Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als **„Reichsländer"** aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch **finanzielle Aushöhlung** oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn **kleinere Länder** in **Nachbarländern aufzugehen** wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit **erleichtert** werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen **kleinen Enklaven** und **Exklaven** im Wege **freier Vereinbarung erscheint** wünschenswert.

Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur **Rechts- und Verwaltungsangleichung** und -vereinfachung treffen, bei deren **Abschluß** die Reichsregierung mitwirkt.

Die **Lösung des Gesamtproblems** soll durch den Bericht eines **Ausschusses** vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichstages vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.

II. Die **Reichsregierung** hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. Zur Beseitigung **dringender Notstände** von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus **geeignete Verwaltungsbereiche** solcher leistungsschwach gewordener Länder auf das Reich zu **übernehmen.**

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über **das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer,** sowie für **die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung**

Mit der Beilage: Gewinnliste der Arbeiterwohlfahrt-Weihnachtslotterie 1927

ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregen, vermitteln und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz dienen soll.

3. Zur **Vereinfachung der Gesamtverwaltung** des Reichs wird die Reichsregierung im Reichsrate neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III. Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung **sparsamster Finanzgebarung** in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein **Ausschuß**, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV. Bezüglich der Fragen der **Verwaltungsreformen** sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) Zweckentsprechende **Zusammenlegung** von bisher nebeneinander bestehenden **Behörden.**

b) Zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte **Abgrenzung** der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

V. Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Übereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) die Landesregierungen der Reichsregierung (Reichssparkommissar) ihre **Verwaltungsreformpläne** mitteilen;

b) der **Reichssparkommissar** sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichssparkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichssparkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Frage wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuß betraut werden.

*

Verwaltungs- und Verfassungsreform

Der Mittwoch brachte ein Referat

des sächsischen Innenministers Prof. Dr. Apelt

über die Verwaltungs- und Verfassungsreform. Er schloß sich dem Standpunkt des bayr. Ministerpräsidenten an, daß die Frage der **Verwaltungs- und Verfassungsreform** ohne Verquickung mit dem Problem des Einheitsstaates verhandelt werden könnte, zumal dieses letzte Problem noch nicht soweit entwickelt sei, wie die etwas ungeduldige öffentliche Meinung in Norddeutschland das erwartet habe. Er wies darauf hin, daß seit der letzten Verwaltungsreform 50 Jahre vergangen seien und das Bedürfnis nach einer Reform ergebe sich einmal aus den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, ganz aus der Notwendigkeit, **alle Ersparnismöglichkeiten auszunutzen.** Diese Sparmöglichkeiten dürften allerdings **nicht überschätzt** werden. Der Minister ist der Auffassung, daß das ganze Problem nach zwei Richtungen hin durchgearbeitet werden müsse: 1. in der Richtung der **Vereinfachung** und **Verbilligung der Verwaltung,** 2. durch eine möglichst weitgehende **Rechtsangleichung** auf dem Gebiete der Verwaltung innerhalb Deutschlands.

Mit schematischen Beschlüssen sei den Dingen allerdings nicht beizukommen. Als Beispiel verwies Dr. Apelt auf die Bestimmung des Reichsbeamtenbesoldungsgesetzes, wonach jede dritte freiwerdende Beamtenstelle nicht wieder besetzt wird. Mit solchen Methoden komme man nicht weiter. Es komme dagegen darauf an, den **Aufgabenkreis der öffentlichen Verwaltung einzuschränken.** Deutschland habe sich immer mehr zu einer Art **Wohlfahrtsstaat** entwickelt. Wir müßten uns aber darüber klar werden, daß diese Entwickelung nicht weitergehe, schon nicht im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen. Wenn auch Untersuchungen zu dem Ergebnis geführt hätten, daß 75 Proz. der Aufwendungen für die Verwaltung nötig seien, so blieben immer noch 25 Proz. übrig, bei denen der Hebel angesetzt werden könne.

Er unterstütze den alten Drewsschen Gedanken auf **Ausschaltung der Teilinstanzen** in der Verwaltung, wie sie in Preußen zum Beispiel in dem Wegfall der Regierungspräsidenten durchgeführt werden könne. Streng zentralistisch könne Deutschland nicht geführt werden, denn es brauche einen Unterbau von lebensvollen Selbstverwaltungskörpern. Im Gegenteil müsse das **regionale Prinzip** gestärkt werden. In dem heutigen demokratisch-republikanischen Volksstaat sei der Reichsrat ein unmögliches Gebilde in einer Form, daß er gleichberechtigt neben dem Reichstage wirkt, etwa wie früher der Bundesrat. An seine Stelle müsse man **ein Staatenhaus** setzen, in dem neben den Vertretern der regionalen Wirtschaft, der Kulturträger der kommunalen Körperschaften, die Landesregierungen ihre Vertretung haben, wobei freilich auf eine Instruktion dieser Vertreter verzichtet werden müßte.

In seinem Korreferat betonte

der bayrische Innenminister Dr. Stützel,

daß die Verwaltungsreform auch nach bayrischem Standpunkt notwendig sei. Das Kernstück der gesamten Verwaltungsreform ist hiernach die **Vereinigung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern** durch Festlegung ihrer **Betätigungsgebiete.**

Eine endgültige wirklich durchgreifende Vereinigung läßt sich nur durch Änderung einer Reihe von Verfassungsbestimmungen in der Richtung der **Stärkung des bundesstaatlichen Charakters** des Reiches, aber ohne grundstürzende Änderung der verfassungsrechtlichen Struktur des Reiches herbeiführen. Für die Verwaltungsreform ist vor allem die verfassungsmäßige bestimmtere Festlegung der Betätigungsgebiete des Reiches und der Länder notwendig, nämlich die Festlegung der **gesetzgeberischen Zuständigkeit** zwischen Reich und Ländern und die Festlegung des Grundsatzes, daß die Reichsgesetze durch die Länder vollzogen werden. Solange eine Änderung der Verfassung in dieesm Sinne nicht erreicht ist, muß schon auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfassung folgendes verlangt werden:

1. Muß das Reich sich auf Ausschöpfung der Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Verwaltung auch wirklich reichswichtiger Angelegenheiten und besonders in der Gesetzgebung auf Rahmengesetze beschränken.

2. Ist auf einem Gebiete der Gesetzgebung oder Verwaltung einheitliche Regelung erwünscht, aber durch Vereinbarungen der Länder erzielbar, so ist dieser Weg einzuschlagen.

3. Der **Vollzug der Reichsgesetze** muß grundsätzlich **den Ländern** zustehen. Ausnahmen sind auf unabweisbare Notwendigkeiten zu beschränken.

4. Der **Aufbau weiterer Reichsverwaltungsbehörden** ist, **weil** er zur Aufsplitterung der Länderverwaltungen führt, **zu unterlassen.** Bestehende Reichsverwaltungsbehörden sind auf ihre unbedingte Notwendigkeit nachzuprüfen und soweit möglich abzubauen.

5. Bei den Fonds ist die Reichswichtigkeit der Zwecke auf Reichsunentbehrlichkeit nachzuprüfen. Fonds für Zwecke, die zur Zuständigkeit der Länder gehören, sind zu beseitigen. Beim Finanzausgleich ist dies entsprechend zu berücksichtigen. Bestehende Fonds sind grundsätzlich schlüsselmäßig und nur über die Landesregierung zu verteilen.

Nachdem der Minister diese Leitsätze entwickelt hatte, betonte er, daß die **Verwaltungsreform in den Ländern Sache der Länder** sei. Richtung, Maß und Mittel der Verwaltungsreformen hätten sich nach den besonderen Verhältnissen jedes Landes zu richten. Er wies darauf hin, daß die Verwaltungsreform in den Ländern keine grundstürzende Änderung der verfassungsrechtlichen Struktur des Reiches bedinge und daß die zwangsmäßige Vereinheitlichung der Verwaltungsorganisationen der Länder abzulehnen sei, weil dies für die Verwaltungsreform unmöglich und schädlich wirke. Er habe die bayrischen Leitsätze entwickelt, weil neben sachlichen Gründen für die Verwaltungsreform bei manchen Verfechtern doch auch noch Gründe **machtpolitischer Art** mitsprächen. Dagegen stehe Bayern auf dem Standpunkt, daß der Bestand von Ländern die öffentliche Verwaltung weder erschwere noch verteuere. Das wesentliche sei eben eine **organische Abgrenzung der Zuständigkeiten** und Aufgabenkreise. Der Minister fügte dem Vortrag der Leitgedanken folgende Schlußworte an: Das sind die Grundsätze, nach denen die Reichsverwaltungsreform betrieben werden muß und so betreiben auch wir in Bayern Verwaltungsreform. Wir haben in Bayern die Schwierigkeiten kennengelernt, die sich der Aufstellung eines Programms entgegentürmen. Wir wissen, daß die Durchführung des Programms noch viel mehr Schwierigkeiten und Arbeit bringen wird. Wir in Bayern fühlen uns aber stark genug, die Widerstände und Schwierigkeiten zu überwinden.

*

Die Diskussion über die Entschließung

war sehr eingehend. Am Schluß sprach Bürgermeister Dr. **Petersen** dem **Reichskanzler** den Dank der Versammlung für die Einberufung und Leitung der Konferenz und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Pünder, den Dank für die Vorbereitung der Konferenz aus. Dann schloß in Vertretung des dienstlich verhinderten Reichskanzlers Reichsjustizminister **Hergt** die Tagung. An einem anderen 18. Januar sei auch über die Reichsgeschicke verhandelt worden. Damals konnten die Verhandlungen sofort zu einer Lösung geführt werden. Und der Jubel von ganz Deutschland stand hinter dieser Lösung. Diesmal sei es leider nicht möglich, dem deutschen Volk eine Endlösung zu bringen. Aber doch sehen wir Möglichkeiten für die Zukunft. Ich habe mit großer Freude aus den dreitägigen Verhandlungen immer wieder die Verständigungsbereitschaft herausgehört. Das ist eigentlich das positivste Ergebnis der ganzen Tagung, daß es gelungen ist, eine so große, so verschiedenartig zusammengesetzte Versammlung doch letzten Endes in großen Linien zu einer Verständigungsbereitschaft zu bringen. In den Ausschüssen soll weitere ernste Arbeit geleistet werden. Wir sehen hoffnungsfreudig in die Zukunft.

*

Pressestimmen

Zu dem Ergebnis der Länderkonferenz schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" unter der Überschrift: „Es ist immerhin ein Anfang, auf dem weitergebaut werden kann." Besonders hebt das Blatt die auf der Konferenz gemachte gemeinsame Feststellung hervor, daß mindestens auf dem Gebiete des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern die Weimarer Verfassung einer grundlegenden Reform bedarf. — Die „Tägliche Rundschau" schreibt: Die Entschließung ist in der grundlegenden Feststellung ein Kompromiß von einer sehr begrenzten Bedeutung. Die Frage, ob bei einer Reform der Weimarer Verfassung die föderalistische oder die einheitsstaatliche Richtung befolgt werden soll, ist vollständig offengelassen. — Die „Börsenzeitung" ist der Ansicht, daß die Länderkonferenz in maßvollen Grenzen positives geleistet und erwünschte Klärung gebracht hat. Wege zur Sparsamkeit und zur Vereinfachung in der Staatsmaschinerie sind gewiesen und der Beweis ist erbracht, daß auf der Beschreitung dieser Wege Deutschland wichtigere Gegenwartsarbeit zu leisten hat, als Probleme zu wälzen, deren schwankende Schatten hinter dringenderen Tagesfragen zurücktreten müssen. — Die „Germania" bezeichnet nicht die Entschließung der Konferenz als das wichtigste Ergebnis des Länderkongresses, sondern die Erkenntnis, daß die staatlich-bürokratischen Instanzen allein das größte innerdeutsche Problem nicht meistern können. Seine Lösung könne nur gefunden werden auf dem breiten Grunde einer allgemeinen Volksüberzeugung. Hier liege eine große Aufgabe. Dr. Luthers Bund wolle sie in Angriff nehmen. — In der „Voss. Zeitung" heißt es: Hoffentlich leistet der Ausschuß, dessen Bericht nunmehr „die Lösung des Gesamtproblems" vorbereiten soll, etwas konkretere Arbeit. — Der „Vorwärts" spricht von einem denkbar mageren Ergebnis.

Das Reichsmietengesetz

Im **Reichstagsausschuß** für das Wohnungswesen wurde beschlossen, das Reichsmietengesetz bis zum 31. März 1930 zu verlängern.

Ferner wurde beschlossen, daß die gesetzliche Miete stets in einem schriftlichen Vertrage zwischen Vermieter und Mieter festgelegt werden muß. Der Mietsvertrag kann auf Verlangen des Hauswirts als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen angesehen werden. Von besonderer Bedeutung ist aber der Beschluß, daß Wohnungen mit **mehr als fünf Zimmern** und mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche vom **1. April** dieses Jahres ab **völlig von der Wohnungszwangswirtschaft befreit** werden. Dasselbe gilt für Räume, die ausschließlich als **gewerbliche Räume** benutzt werden. Der Wohnungsausschuß beschloß außerdem, daß in denjenigen Fällen, in denen Räume an den Unternehmer eines **gewerblichen Betriebes** vermietet worden sind, das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters einen besonderen **Zuschlag** zu der gesetzlichen Miete **festlegen** muß, besonders, wenn infolge der Eigenart des gewerblichen Betriebes hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten entstehen.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Wölz, erklärte, daß eine **Beseitigung der Wohnungsämter unmöglich sei,** weil dies zu schlimmen Folgen führen würde.

*

Der Beschluß über Aufhebung der Vorschriften für Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen ist, wie dazu aus Berlin gemeldet wird, teilweise mißverstanden worden. Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz bleiben nach wie vor. für die bereits vermieteten Wohnungen dieser Art in Geltung. Der Vermieter ist also nicht berechtigt, eine Erhöhung der Miete zu fordern oder zu kündigen. Nur falls nach dem 1. April 1928 eine Wohnung mit mehr als fünf Wohnräumen **frei geworden** ist und **neu vermietet** wird, soll der neue Mieter an die von ihm vereinbarte Miete gebunden sein und sich nicht mehr auf die gesetzliche Miete berufen dürfen. Die Strafbestimmungen wegen Wucher sollen auch hier gelten. Je mehr derartige Versuche einer Lockerung des Mieterschutzes zu nicht gerechtfertigten Mietssteigerungen ausgenutzt werden, um so weniger ist mit weiteren Lockerungen zu rechnen. Der Beschluß des Wohnungsausschusses bedarf im übrigen noch der Zustimmung des **Reichstages.**

Politische Neuigkeiten

Der Konflikt im Zentrum

Über die Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages wurde am Mittwoch abend von der Fraktion folgender Bericht herausgegeben:

„Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute zu einer Sitzung zusammen, die sich u. a. in mehrstündigen Verhandlungen mit inneren Angelegenheiten der Partei beschäftigte. Die Beratungen konnten nicht zu Ende geführt werden, weil der Reichskanzler durch die sich über Erwarten lang hinziehende Länderkonferenz abgehalten wurde und mehrere andere Mitglieder des Vorstandes am Erscheinen verhindert waren." Nach den erwähnten Verhandlungen trat der Vorstand der Zentrumsfraktion noch in eine Besprechung der allgemeinen politischen Lage ein. Hieran nahmen auch die inzwischen eingetroffenen Reichskanzler Dr. **Marx** und Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** teil.

Die Anleihebedürfnisse der deutschen Städte

Die Beratungsstelle für Auslandskredite beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch mit dem Ergebnis der **Umfrage,** die bei den **deutschen Städten** mit einer Einwohnerzahl über 80 000 veranstaltet worden ist. Die Umfrage, die sich auf den Zuschußbedarf aus Steuern, Betriebsüberschüsse usw. erstreckt, ferner auf den Schuldenstand und den Anleihebedarf ist von 56 Städten beantwortet worden. 3 Städte haben mangels eines Anleihebedürfnisses keine Antwort erteilt. Ferner sind auch die 3 Hansestädte an der Umfrage nicht beteiligt. Die kurzfristige Verschuldung ohne Berücksichtigung vorübergehender Betriebskredite, die aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, wird auf 524,7 Millionen Reichsmark angegeben. Die Darlehen lauten fast ausschließlich auf Reichsmark. Die Beratungsstelle wird in eine Vorprüfung eintreten, um einen Anhalt dafür zu gewinnen, welche Beträge zur Beschaffung am Auslandsmarkt vorgesehen werden müßten.

Die Not der Landwirtschaft

Die Regierungsparteien haben im **Reichstag** folgende Interpellation eingebracht:

„Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft. Die Reichsregierung hat auch wiederholt auf das feierlichste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkskraft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Es steht auch fest, daß die Wiederbelebung und Erhaltung des Inlandsmarktes in erster Reihe von dem Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk von dauernder Nahrungsunfreiheit zu bewahren."

Gebrüder Himmelsbach

Im **Preußischen Landtag** teilte ein Regierungsvertreter in Beantwortung einer großen Anfrage der Sozialdemokraten mit, daß die Behauptung, die vielgenannte Firma Gebrüder Himmelsbach sei durch Boykott der preußischen, der Reichs- und bayerischen Regierung zusammengebrochen, für **Preußen** nicht den Tatsachen entspricht. Auch die übrigen Regierungen bestritten einen Boykott. Vor dem Krieg sei der Bezug dieser Firma aus Staatswaldungen auf rund 14 700 Festmeter pro Jahr festgestellt worden, nach dem Kriege auf durchschnittlich 12 600 Festmeter. Im Jahre 1925 habe die Firma Himmelsbach es unterlassen, in Gebieten, in denen sie sonst als Käufer auftrat, die üblichen Mengen zu beziehen. Früher habe sie z. B. im Regierungsbezirk Kassel jährlich 7000 Festmeter Holz gekauft, im Jahre 1925 nur 200 Festmeter. Seitens der Regierung sei nichts Ungünstiges gegen die Firma Gebrüder Himmelsbach unternommen worden.

Die Verschickung der russischen Oppositionellen

Eine Meldung der Tel.-Agentur der Sowjetunion **bestätigt** nunmehr, daß 30 Mitglieder der Opposition aus Moskau verschickt worden sind, darunter **Trotzki** und **Radek.** Eine Reihe anderer Personen, darunter Rakowski wurden aufgefordert, Moskau zu verlassen. Sinowjew, Kamanew und andere wurden angesichts ihrer Erklärung über ihre Unterwerfung unter alle Beschlüsse und Bedingungen des 15. Parteitages von den Parteiorganen zur Arbeit nach der Provinz entsandt. Offiziös wird dazu erklärt, daß die Verbannten eine umfangreiche sowjetfeindliche Tätigkeit entfalteten. Sie versuchten, eine Geheimorganisation zu schaffen, eine Reihe von sowjetfeindlichen Aktionen vorzubereiten und einen engen Kontakt mit den in Moskau befindlichen Vertretern der ausländischen Bourgeoisie herzustellen, wodurch sie ihr Material und böswillig erfundene Informationen im Auslande verbreiteten. In Anbetracht dessen, daß eine verbrecherische sowjetfeindliche illoyale Tätigkeit der Trotzkisten und Sapronowisten festgestellt worden ist, wurde es als eine minimale Maßnahme zur Sicherung der Interessen des proletarischen Staates für notwendig befunden, 30 aktive Mitglieder dieser Gruppe aus Moskau zu verschicken.

Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei. Unter außerordentlich starker Beteiligung fand Mittwoch abend in Berlin die Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei statt. Für den erkrankten Reichsaußenminister hielt Geheimrat Dr. **Kahl** die Festrede. 18. Januar und 11. August ergänzten sich. Gerade jetzt stehe der Gedanke der Reichserhaltung im Vordergrund der brennendsten Probleme. Zur Reichserhaltung gehöre nicht allein Sammlung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern vor allem das seelische Moment der Erhaltung der Reichsfreudigkeit. Das müsse oberster Richtpunkt bleiben bei der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern.

Pächterstreiks in Norddeutschland. Im Kreise **Grevesmühlen** (Mecklenburg-Schwerin) haben nunmehr ebenso wie vor einigen Tagen im Bezirk **Hagenow** die **Domänenpächter** die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie sich angesichts ihrer wirtschaftlichen Notlage außerstande sehen, noch weitere Pachten und Steuern zu bezahlen. Auf der **Insel Rügen** nehmen die zwangsläufigen Betriebseinstellungen einen katastrophalen Umfang an. Bisher liegen 80 Betriebe, davon 45 größere, still. Die Arbeiter sind entlassen. Lediglich das Vieh wird durch das festangestellte Personal gewartet. Die Betriebsinhaber sagen, daß nur die äußerste Not ihnen diese harten Maßnahmen diktiert habe, nachdem alle Hoffnungen auf Hilfe unerfüllt geblieben seien.

Die Regierungskommission des Saargebietes. Das belgische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, **Lambert,** der seit dem Jahre 1920 der Saarregierung angehört, hat in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes den Wunsch ausgesprochen, daß sein am 31. 3. d. J. ablaufendes Mandat nicht mehr erneuert werde. Lambert war ein Vertreter der schärfsten antideutschen Richtung.

Kurze Nachrichten

Im Wohnungsausschuß des Reichstages erklärte Ministerialrat Dr. **Wölz**, den jährlichen Zuwachs an Wohnungsbedarf berechne die Regierung heute auf 200 000 Wohnungen. Dazu komme noch der dauernde Fehlbetrag von 600 000 Wohnungen.

Der Deutsch-Republikanische Reichsbund veranstaltete in Berlin im ehemaligen Herrenhause eine Kundgebung für den Einheitsstaat. Der Leiter der Versammlung war Ministerialdirektor Dr. **Spieker**. Als Redner sprachen Staatssekretär Dr. **Drews** und Ministerialrat Dr. **Simons**. Dr. **Spieker** schloß die Kundgebung mit einem dreifachen Hoch auf die einheitliche deutsche Republik.

Der Religionsunterricht in Südtirol. In sämtlichen Volksschulen des deutschen Sprachgebietes in Südtirol muß von jetzt ab auch der Religionsunterricht in italienischer Sprache erteilt werden.

Neuwahl der Danziger Senatoren. Im Danziger Volkstag wurden bei der Neuwahl der 14 nebenamtlichen Senatoren acht Sozialdemokraten, vier Vertreter des Zentrums und zwei Deutschliberale gewählt. Zum Vizepräsidenten des Senats wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Julius **Gehl** gewählt.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 9. Januar 1 232 100. Sie war um 104 203 **geringer** als in der Vorwoche. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist eine Verminderung der Arbeitslosen um 199 914 festzustellen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

9. Sitzung.

DZ. **Karlsruhe**, 19. Jan.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet 10¼ Uhr die erste Sitzung nach der Weihnachtspause mit der Bekanntgabe zahlreicher Eingänge, darunter etliche Gesuche zur Besoldungsordnung.

Zunächst wird eine **Kurze Anfrage** des Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürg. Vgg.) beantwortet, die sich gegen den

Erweiterungsplan der Heidelberger Herrenmühle

richtet, angesichts der Befürchtung, daß das Landschaftsbild dadurch empfindlich gestört werde.

Ministerialrat Dr. **Imhof** erwidert, daß die Verwaltungsbehörde gewillt sei, die Allgemeininteressen gegenüber etwaigen Sonderinteressen zu wahren.

Das Haus wendet sich dann dem ersten Punkt der Tagesordnung zu:

Interpellationen zur Reichsschulgesetzgebung.

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe begründet die Förmliche Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung, worin gefragt wird, warum die badische Regierung von der Beschlußfassung des Landtages in ihren Instruktionen abgewichen sei. Schon die Erklärung des Ministers Leers vom 2. Juni v. J. ließ auf eine Passivität der Regierung in der Schulfrage schließen. Wir waren der Auffassung, daß alles getan werden mußte, die eigenen Rechte zu wahren, ehe es zu spät werden könnte. Wir hielten es auch für wünschenswert, daß die Regierung draußen im Lande Propaganda machte für die bewährte badische Schulverfassung. Vielleicht sei es noch nicht zu spät, den Gang der Dinge im Bildungsausschuß in unserem Sinne zu beeinflussen. Die Regierung hätte sich unbedingt an den Beschluß des Landtages halten sollen, dessen Beauftragte sie war.

Abg. Dr. **Obkircher** weist zur Begründung der volksparteilichen Interpellation darauf hin, daß sich die badische Regierung über den Mehrheitsbeschluß des Landtages vom 1. Juli 1927 hinweggesetzt habe. Daß der Minister selbst und seine Partei Anhänger der Simultanschule seien, darüber bestehe kein Zweifel. Die Verlautbarung der Regierung habe eine für den Bestand der badischen Simultanschule gefährliche Wirkung gehabt. Erst die Aufklärung aus Baden heraus habe in Berlin Klarheit geschaffen. Außerhalb des Zentrums, das über das Entgegenkommen der Regierung zufrieden sein konnte, hätten sich alle Leute, die sich mit politischen Dingen beschäftigten, entsetzt. Einen Mehrheitsbeschluß des Landtages nicht auszuführen, war undemokratisch. Der Sturm gegen den Minister sei auf dem Offenburger Parteitag der Demokraten beschworen worden. Ob es nicht ein Sturm im Wasserglase war? Nach Meinung des Redners ist die Haltung des Ministers bedingt gewesen durch die Drohung des Zentrums mit dem Hinauswurf aus der Regierung (Lebhafte Ohorufe im Zentrum). Den Sozialdemokraten wirft er vor, daß sie aus Furcht, die Koalition könnte in die Brüche gehen, nachgegeben hätten (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Dr. Obkircher vertraut auf die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei im Reichstage. Die Simultanschule sei der Punkt, an dem sich die Geister scheiden werden (Abg. Dr. Marum ruft: Oder finden! Große Heiterkeit). Der Redner behandelt schließlich die Kostenfrage. Das Volk habe kein Interesse daran, auch nur einen Pfennig für die Umwandlung einer in Baden beliebten und den religiösen Bedürfnissen durchaus Rechnung tragenden Schulart auszugeben. Die Umwandlung rechtfertige sich in keiner Weise, zumal die Regierung ausgerechnet habe, daß sie an laufenden Ausgaben 2,5 Millionen und an einmaligen Ausgaben 8 Millionen Reichsmark erfordern würde.

Minister des Kultus und Unterrichts Leers

gibt folgende Erklärung ab:

Bevor die Regierung ihre Stellungnahme zum Reichsschulgesetzentwurf im Reichsrat festgelegt hat, habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten Ministern und Politikern des Reiches und der Länder, darunter dem Reichsinnenminister und dem preußischen Minister für Kunst und Volksbildung, eingehend das Wesen und die Vorzüge der badischen Simultanschule dargelegt. Die Regierung hat ernstlich geprüft, ob und inwieweit dem Landtagsbeschluß vom 1. Juli v. J. Folge gegeben werden kann. Die Betrachtung der Sachlage auf Grund des § 174 der Reichsverfassung ergab, daß dem Willen des Landtages nicht in vollem Maße entsprochen werden konnte. Der Reichsschulgesetzentwurf ist gegenwärtig noch Gegenstand von Beratungen im Bildungsausschuß. Es ist durchaus nicht abzusehen, welche Fassung der Entwurf erhält. Bei der Ungewißheit des Schicksals des Gesetzes lehnt die Regierung eine Stellungnahme ab, bis die Beschlüsse des Reichstages vorliegen.

Oberregierungsrat Dr. **Zimmermann** gibt Aufschluß über die vom Unterrichtsministerium angestellte Berechnung.

Minister **Leers** bemerkt noch, daß seine Auffassung, daß die badische **Simultanschule unbedingt erhalten** werden müsse, unverändert sei. Den Reichsschulgesetzentwurf, vorgelegt von einer Regierung, in der volksparteiliche Minister vertreten sind, habe er allerdings nicht für möglich gehalten. Die Demokratische Partei brauchte keine Rückenstärkung im Reichstage.

In der Aussprache betont

Abg. Dr. **Föhr** (Ztr.), die Ausführung der Reichsverfassung auch in Schulfragen sei eine Selbstverständlichkeit. Die vom Unterrichtsminister mitgeteilten Zahlen findet der Redner viel zu hoch. Die bedenkliche Agitation gegen das Schulgesetz, die Absicht politischer Schachzüge lehne das Zentrum mit Entschiedenheit ab. Eine feste Stellungnahme der Regierung, bevor der Wortlaut des Gesetzes vorliegt, wäre verfehlt.

Abg. Dr. **Marum** (Soz.) beruft sich auf seine Erklärung bei den Verhandlungen vom letzten Sommer, unter Hinweis auf den Kommentar von Anschütz. Die volksparteilichen Minister in der Reichsregierung trügen trotz ihres Vorbehalts mit die Verantwortung für den Reichsschulgesetzentwurf. Redner schließt mit einer scharfen Polemik gegen die volksparteiliche Haltung in der Schulfrage. Der Abg. Runkel sei ein glühender Anhänger der Konfessionsschule. Bei den Kompromissen im Bildungsausschuß frage es sich, ob die Simultanschule bei der Volkspartei besser aufgehoben sei als bei der badischen Regierung. Diese habe dem Sinne des Landtagsbeschlusses vom 1. Juli Rechnung getragen.

Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) verliest eine Erklärung des Inhalts:

Die Landtagsfraktion der Demokraten steht auf dem Standpunkt, daß die badische Simultanschule unbedingt erhalten bleiben muß, ein Standpunkt, der vom Offenburger Parteitage am 30. Oktober gebilligt wurde. Die Fraktion bedauert, daß es nicht gelungen ist, diesem Standpunkt im Staatsministerium gegenüber dem Keudellschen Schulgesetzentwurf Geltung zu verschaffen. Sie hat zu ihrem Minister, der diese Auffassung teilt, das Vertrauen, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit allen Kräften für die dauernde Erhaltung der Simultanschule eintritt, was auch nach dem Artikel 174 der Reichsverfassung durchaus möglich ist.

Abg. **Bock** (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, die ihre Grundsätze verlassen hätten. Die Kommunisten würden einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einbringen.

Der **Präsident** gibt den Eingang eines gemeinsamen **Antrages der Deutschen Volkspartei und der Bürgerlichen Vereinigung** bekannt, dahingehend:

1. Die Stellungnahme der Regierung zum Reichsschulgesetzentwurf widerspricht dem Beschluß des Landtages vom 1. Juli v. J.

2. Der Landtag spricht dem Unterrichtsminister Leers wegen seiner unzuverlässigen Haltung das **Mißtrauen aus.**

In der weiteren Aussprache erklärt

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürg. Vgg.): Die Antwort der Regierung ist unbefriedigend. Es bleibt dabei, daß sie sich über den Beschluß des Landtages hinweggesetzt und nichts zur Erhaltung der Simultanschule getan hat. Alle bisherigen Schulgesetzentwürfe mußten in Baden die schärfsten Bedenken hervorrufen. Schuld daran trage nicht die Reichsregierung, sondern der in der Reichsverfassung verankerte Schulkompromiß. Zu beklagen sei die ungerechte Agitation gegen die badische Schulgesetzgebung, die man landauf, landab beobachten konnte. Die badische Regierung hätte mit aller Kraft und lauter Stimme vor das deutsche Volk hintreten, sie hätte die gute Waffe unserer badischen Schulverfassung besser anwenden sollen. Badens Schulverfassung würde schließlich hingerichtet, einerlei, ob man 5 oder 12 Jahre zuwartet. Wir fordern ihre Erhaltung ohne jede Einschränkung.

Um 13 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Fortsetzung der Beratung 16 Uhr.

*

Der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden

sah sich auf Grund einer Eingabe zur prinzipiellen Erörterung der Frage veranlaßt, ob abgeschlossene gerichtliche Verfahren, sei es im Konkurs, sei es im normalen Prozeß, Gegenstand der Kritik des Landtages sein könne. Der Ausschuß kam übereinstimmend zu einer negativen Entscheidung. — Ein weiteres Gesuch führte zu der Erklärung der Regierung, daß auf Grund der bestehenden Richtlinien Entschädigung nach dem Viehseuchengesetz nur dann gewährt werde, wenn es sich um ausgesprochenes Zuchtvieh handelt, das innerhalb der gegebenen Zuchtrichtung der Gemeinde wegen hoher Tuberkulosegefahr für den Viehstand nach ministerieller Anordnung getötet wurde, oder nach erfolgter Anordnung verendet ist. Ab 1. April d. J. soll übrigens das freiwillige Tuberkulosetilgungsverfahren durchgeführt werden.

Beisetzung des Kultusministers a. D. Hübsch in Wertheim

Wertheim, 18. Jan. Gestern nachmittag fand in seiner Heimatstadt die **Beisetzung** des in Karlsruhe verstorbenen Ministers des Kultus und Unterrichts a. D., Dr. jur. h. c. **Wilhelm Hübsch** unter der Anteilnahme einer großen Trauergemeinde statt. Unter den Trauergästen bemerkte man Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, des Lehrerkollegiums, des hiesigen Gymnasiums, der übrigen Schulinstitute, der Fachschulen, den Kriegerverein, den historischen Verein Alt-Wertheim sowie eine Abordnung der Burschenschaft „Germania" Würzburg, in der der Verstorbene im Jahre 1864 aktiv wurde. Bürgermeister **Bardon** legte am Grabe des Ehrenbürgers seiner Stadt einen Kranz nieder und sprach wie der Erstcharchierte der Würzburger „Germania" ein Treugelöbnis. Weitere Dankes- und Gedenkworte an den Verstorbenen und Kranzspenden schlossen die schlichte Feier.

Badisches Landestheater

Der Troubadour

In der gestrigen **„Troubadour"-Aufführung** zugleich der Wiederaufnahme des letztjährig neueinstudierten und hier eingehend besprochenen Stückes in den laufenden Spielplan, der damit innerhalb einer Woche nicht weniger als drei Verdi-Opern bringt, präsentierte sich **Arnim Weltner** als Graf Luna. Der Gast vom Stadttheater Stettin bewirbt sich für das Fach des lyrischen Baritons, dessen Neubesetzung zu Ende der Saison leider notwendig wird. Bei den gesanglich entscheidenden Stellen zu Anfang des zweiten Aktes bekam man sofort einen recht günstigen Eindruck hinsichtlich seiner stimmlichen Fähigkeiten. Das Organ klingt angenehm, ist dynamisch voller Nüancen, allerdings mehr im Forte, wogegen das Piano noch weniger differenziert erscheint. Zu diesen bemerkenswerten Vortragsqualitäten ist positiv auch eine gründliche Atemschulung hinzuzurechnen. Negative Züge im Gesamtbild ergab freilich die darstellerische Seite. Aber ein solch offenbarer Mangel an Routine könnte immerhin durch geeignete Anweisung allmählich behoben werden. Dazu bietet insbesondere die Jugend des Sängers gewisse Möglichkeiten. Mit dieser Einschränkung, deren ev. Tragweite auch in bezug auf die vorläufige Verwendbarkeit die verantwortlichen Leiter allein genauer zu überprüfen haben, dürfte man ein Engagement schon heute befürworten; jedenfalls würde der Sänger in allen Ehren bestehen, wenn in seinem neuen Wirkungskreis die Ansprüche gerade nach der darstellerischen Seite nicht zu hoch geschraubt werden. H. Sch.

Gastspiele des Landestheaters in Heidelberg. Die Oper des Badischen Landestheaters brachte im Stadttheater Heidelberg Mussorgskys packende Volksoper „Boris Godunow" zur Aufführung. Das Haus war ausverkauft. Die glänzende Wiedergabe unter Leitung des Generalmusikdirektors Krips fand stürmischen Beifall. Wie die „Heidelb. N. N." hören, hat die Stadtverwaltung die Absicht, derartige Aufführungen größerer Opern durch das Badische Landestheater öfters, vielleicht in kurzen Abständen zu veranstalten.

Die Viehzählung in Baden am 1. Dezember 1927

Nach der Zusammenstellung des Statistischen Landesamts wurden am 1. Dezember 1927 gezählt: **70 235 Pferde** (Zunahme gegen das Vorjahr: 776); **635 737 Stück Rindvieh** Zunahme: 13 413); **532 330 Schweine** (Zunahme: 45 729); **43 659 Schafe** (Abnahme: 1177); **136 333 Ziegen** (Abnahme: 13 034); **2 761 075 Stück Federvieh** (Gänse, Enten und Hühner) (Zunahme: 62 129); **81 645 Kaninchen** (Stallhasen) (Abnahme: 2060); **83 728 Bienenvölker** (Abnahme: 1463); **104 330 Hunde** (Abnahme: 10 509).

Reichsgründungsfeiern in Freiburg

DZ. **Freiburg**, 18. Jan. Heute vormittag fand in der Aula des Kollegiengebäudes die große **akademische Feier zur Reichsgründung** statt, die sich in dem üblichen festlichen Rahmen abspielte. Unter den Ehrengästen befanden sich der badische Kultusminister **Leers** und der Oberbürgermeister von Freiburg, Dr. **Bender**. Nach Musikvorträgen nahm Prof. **Kolbe** das Wort zur Festrede. In seinen Ausführungen behandelte er die Staatsentwicklung in Griechenland in der Epoche des Hellenismus, insbesondere das Verhältnis von Staat und Stadt. In interessanter Parallele zur heutigen Zeit kam der Redner zu der Forderung des festen staatlichen Zusammenschlusses aller öffentlichen Organe Deutschlands bei liberaler Gesetzgebung des Staates für die Städte und stellte als immer noch unerreichbares Vorbild die preußische Städteordnung des Freiherrn von **Stein** von 1808 hin. An der Einheit des Reiches dürfe aber nicht gerüttelt werden und die absolute Freiheit des Individuums müsse hinter den Dienst am Volke zurücktreten. Der Gesang des Deutschlandliedes schloß die eindrucksvolle Feier.

Der Reichshaushalt und Kehl

Im Verlaufe der Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstages über den Etat für die besetzten Gebiete führte am Mittwoch u. a. der Abg. **Dietrich**-Baden darüber Klage, daß das kleine besetzte badische Gebiet bei der Verteilung der Kulturfonds und des Wirtschaftsfonds zu kurz käme. — Im weiteren Verlaufe der Debatte führte Staatssekretär **Schmid** aus, die Notlage des Kehler Brückenkopfes sei richtig geschildert worden. Die badische Regierung habe für ihren Anteil von 400 000 Reichsmark aus dem 30-Millionen-Markfond noch keine Vorschläge unterbreitet. Aus diesem Anteil könne Kehl aber wirksam geholfen werden.

Gemeinde-Rundschau

Neckar-Verkehrsverband In **Mosbach** fand die Jahresversammlung des Neckar-Verkehrs-Verbandes unter dem Vorsitz von Bürgermeister **Sailer**, Wimpfen, statt. Über Fahrplan, Straßen- und Schiffahrtsangelegenheiten berichtete Amtmann Dr. **Gönnenwein**, Heilbronn. An der Aussprache beteiligten sich auch die Herren Kienzle und Wulle, Heilbronn. Angenommen wurden vier **Entschließungen**, die fordern: Führung des Hollandzuges über Heidelberg, Halt des F-D-Zuges in Heilbronnn, ein weiteres Odenwaldeilzugspaar und Verbesserung der Neckartalstraße. Bürgermeister Dr. **Boulanger**, Mosbach, hielt einen eingehenden Vortrag über Verkehrs- und Siedlungsfragen im unteren Neckartal und Oberregierungsrat Dr. **Schmieder**, Heidelberg, einen Lichtbildervortrag über mittelalterliche Fachwerkhäuser und Baudenkmäler in Mosbach.

Gegen die Gemeinde-Getränkesteuer. In **Zeutern** (Amt Bruchsal) fand eine stark besuchte Versammlung des badischen Winzerverbandes statt, in welcher der Geschäftsführer, Freiherr von Göler, ein Referat über die Lage des badischen Weinbaues hielt. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, wonach energisch Protest erhoben wird gegen die Wiedereinführung der Gemeinde-Getränkesteuer.

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Kandern für das Rechnungsjahr 1927/28 enthält an Einnahmen 242 542 Reichsmark, an Ausgaben 312 500 Reichsmark. Der ungedeckte Aufwand von 69 958 Reichsmark soll durch eine Umlage von 1 20 Reichsmark auf das Liegenschaftsvermögen, 38 Reichspfennig auf das Betriebsvermögen und 7,20 Reichsmark auf den Gewerbeertrag gedeckt werden.

Aus der Landeshauptstadt

„Tinte und Schminke", Presse- und Bühnenfest 1928

Wie schon kurz mitgeteilt, soll im Rahmen des großen Presse- und Bühnenfestes, das am 4. Februar d. J. in sämtlichen Räumen der städt. Festhalle abgehalten wird, auch eine **Tombola** veranstaltet werden, deren Reinerträgnis ebenso wie der Ertrag des ganzen Festes ausschließlich **Wohlfahrtszwecken** zugeführt werden wird. Wer einigermaßen Glück hat, kann bei dieser Tombola ein Vielfaches des von ihm für die Teilnahme am Fest bezahlten Eintrittspreises wieder herausholen, da einerseits die Zahl der Gewinne in einem sehr günstigen Verhältnis zur Zahl der ausgegebenen Lose stehen wird, andererseits unter den Gewinnen sich viele wertvolle und kostbare Gegenstände befinden, deren eventuelle Erringung zweifellos großen Anreiz bieten dürfte. Ein wesentlicher Teil dieser Gewinne ist von bekannten hiesigen und auswärtigen Firmen und Persönlichkeiten gestiftet, die offensichtlich Freude und Genugtuung darin finden, auch ihrerseits zum guten Gelingen des Festes und zu einem schönen Erträgnis im Interesse wohltätiger Zwecke beizutragen. Von diesen Firmen und Persönlichkeiten seien hier genannt: aus **Karlsruhe**: Mittelbad. Brauereiverband, Badenia A.-G., Max Homburger, J. Estelmann, Sinner A.-G., Schloßhotel, Hch. Baer & Söhne, Kammerkirsch A.-G., Wachs- und Honigzentrale, Alb. Glock & Co., Eug. Löwenhölzle, Schuhhaus Erika, Photohaus Lumpp, W. Boländer, Wolff & Sohn, C. F. Otto Müller, Residenz-Kino, L. Schuhmacher, J. Petry Wwe., Direktor Franz Philipp, Gustav Nagel Nachf., Weisert, Loser & Co., Wilh. Zeumer, Apotheker Dr. Fritz Lindner, Strauß & Co., Galerie Moos, Kaffee Bauer, Siemens-Reiniger-Veifa; — von **auswärts**: Nugget Co. m. b. H., Köln, Sektkellerei Ewald & Co., Rüdesheim, Theod. Herbstrith, Pforzheim, Dr. A. Oetker, Bielefeld, Doornkaat A.-G., Norden, Wrigley A.-G., Frankfurt, Reemtsma A.-G., Altona-B., Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf, Wilh. Hiller, Hannover, Bensdorp & Co., Cleve, Chr. Horstmann-Steinberg, Celle, Leowerke A.-G., Dresden, H. Bahlsens Keksfabrik, Hannover, Zigarettenfabrik Delta, Dresden. — Weitere Stiftungen dürften wohl in den nächsten Tagen noch eingehen. Wir werden hierauf in einer späteren Veröffentlichung noch zurückkommen.

Festgenommener Defraudant. Gestern wurde hier ein 29 Jahre alter **Kaufmann** aus **Konstanz** festgenommen, der zum Nachteil einer Freiburger Firma, bei der er in Stellung war, zehntausend Reichsmark unterschlagen hatte und damit flüchtig gegangen war. Bei seiner Festnahme hatte er noch 1816 Reichsmark in seinem Besitz, das übrige Geld hatte er bereits verjubelt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badisches Landestheater. Mit der am Samstag, den 21. Januar stattfindenden Erstaufführung der Komödie **„Kilian oder die gelbe Rose"** erscheint sein Dichter Paul Kornfeld zum erstenmal in unserm Spielplan. Kornfeld gehörte in den Jahren vor dem Weltkriege zu den Wortführern des „neuen Dramas" und schuf im Einklang mit den von ihm verfochtenen Theorien, die das psychologische Charakterdrama überwinden wollten, die Tragödien „Die Verführung" und „Himmel und Hölle", um sich dann nach längerer Pause mit dem „Ewigen Traum" und „Palma, der Gekränkte" der Komödie und damit wieder den ehedem verleugneten Anschauungen zuzuwenden. Am interessantesten gibt sich diese bemerkenswerte Wandlung vielleicht in seinem letzten Werk, in dem Lustspiel „Kilian oder die gelbe Rose" kund, dessen Bekanntschaft unserm Publikum nun bevorsteht. — Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei darauf aufmerksam gemacht, daß das angezeigte **Gastspiel des jüdischen Theaters „Habima"** mit der Wiederholung des „Dybuk" nicht im Konzerthaus, sondern wiederum **im Landestheater** am Mittwoch, den 25. Januar, stattfindet.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Gestern abend erreichte uns die Kaltluft mit einsetzendem Ostwind und verursachte im Gebirge neue Schneefälle. Auf dem Feldberg liegen jetzt 15 bis 25 Zentimeter Schnee. Eine heute morgen von der westlichen Nordsee bis nach Südfrankreich reichende Druckrinne zieht in Begleitung von Niederschlägen rasch über uns hinweg. Auf ihrer Rückseite folgt mit steigendem Druck ein größeres Aufheiterungsgebiet. Wir rechnen daher für morgen mit allgemeinem Übergang der Niederschläge in Schnee und Eintritt von Frostwetter **auch in der Ebene. Wetteraussichten für Freitag, 20. Jan.:** Kälter bei auffrischenden nördlichen bis nordöstlichen Winden (auch in der Ebene Frost), zeitweise Schneefälle, später aufheiternd und Verschärfung des Frostes.

Kurze Nachrichten aus Baden

* **Mannheim,** 18. Jan. Der im Oktober v. J. von den an der **Rheinschiffahrt** interessierten **Arbeitnehmerorganisationen** der in Frage kommenden Länder entworfene **Kartellvertrag** ist, wie die „N. Bad. Landeszeitung" meldet, nunmehr unterzeichnet und mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt worden. Beteiligt sind der Deutsche Verkehrsbund sowie die Transportarbeiterverbände in Holland, Belgien, Frankreich und der Schweiz. Zweck des kartellmäßigen Zusammenschlusses ist die Wahrung gegenseitiger Solidarität in allen Arbeitsfragen. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, in dem ein Teil des Maschinenpersonals organisiert ist, ist dem Kartell bisher noch nicht beigetreten.

* **Heidelberg,** 19. Jan. Das „Heidelb. Tagebl." erfährt aus Universitätskreisen, eine namhafte Persönlichkeit der Rheinischen chemischen Großindustrie beabsichtige, eine **Stiftung** von über **einer halben Million Reichsmark** für die Heidelberger Hochschule zu machen. Die Grundlegung und notarielle Festlegung dieser Stiftung erfolgt in den nächsten Wochen. Ihr Zweck ist, Angehörigen der Universität **Reisen ins Ausland** zu ermöglichen und den geistigen Aufbau mit anderen Ländern und Völkern zu fördern.

bld. **Spechbach** (bei Heidelberg), 18. Jan. Hier lebt noch der **Leineweber Frei,** der wohl der letzte Vertreter dieser nun bald vergessenen Zunft im Odenwald sein wird.

bld. **Hirschhorn,** 18. Jan. **Nachdem** in letzter Zeit **Wimpfen** seine **Neckarbrücke erhalten hat und Hirschhorn** demnächst eine bekommt, steht nur noch **Neckarsteinach,** die Vierburgenstadt zurück. Eine Verbindung mit Dilsberg könnte den Fremdenverkehr noch beleben.

DZ. **Philippsburg,** 18. Jan. Gestern abend **ging** über unsere Gegend ein starkes Unwetter, **verbunden mit starkem Hagelschlag** nieder. Die Straßen und Felder waren dicht mit Hagelkörnern stark belegt.

bld. **Hockenheim,** 19. Jan. Im hohen Alter von 81 Jahren **starb** gestern Altbürgermeister Martin **Schütz.** Der Verstorbene versah viele Jahre den Posten eines Bürgermeisters. Der Heimgegangene ist Veteran von 1870/71 und kam als Kriegsgefangener in die Pyrenäen an der spanischen Grenze. Schütz stand hier in hohem Ansehen, das bewiesen auch viele Ehrenämter, die er bekleidete.

bld. **Rippoldsau,** 19. Jan. Bei dem gestern hier stattgefundenen **Stangenverkauf** wurde bis zu 116 Proz. der Landesgrundpreise gelöst, für Brennholz bis zu 125 Proz. der forstamtlichen Anschläge und für Papierholz 123 Proz.

DZ. **Baden-Baden,** 19. Jan. Das **Karlsruher Schöffengericht** hielt hier eine Sitzung ab, um über **zwei tötliche Autounfälle** abzuurteilen, die sich am 22. September in der Langestraße und am 27. Oktober auf der Straße Baden-Oos ereignet haben. Dabei haben der 22 Jahre alte A. Held und der Fahrradhändler Kohlbecker das Leben eingebüßt. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich nunmehr der Kraftwagenführer Christian **Heer** aus Neuenbürg (Württemberg) im ersten Falle zu verantworten, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Im zweiten Falle, in dem der Mechaniker Adolf **Fritsch** aus Oos angeklagt war, erfolgte Freispruch.

DZ. **Müllheim,** 18. Jan. Gestern abend fand, umrahmt von einem feierlichen Gottesdienst, die **Neuwahl des evangelischen Stadtpfarrers** der Stadt Müllheim für den als Religionslehrer nach Heidelberg berufenen Pfarrer Lauer statt. **Mit** allen 58 abgegebenen Stimmen wurde Pfarrer **Speck** aus Langensteinbach (Amt Ettlingen) zum Stadtpfarrer gewählt. Der Gewählte ist 36 Jahre alt, und steht auf dem Boden der positiven Kirchenrichtung.

bld. **St. Georgen,** 19. Jan. Gestern abend 11 Uhr brach in der Werkzeugmaschinenfabrik Gebrüder **Heinemann,** mitten in der Stadt, ein **Großfeuer** aus. Auch die Villinger und Schramberger Motorspritze mußte zu Hilfe gerufen werden. Das Maschinenhaus, das aus Beton erstellt ist, konnte erhalten werden, ebenso die Nachbarhäuser, von denen einige von den Bewohnern schon geräumt worden waren. Der Schaden ist sehr hoch. Die Fabrik beschäftigt 200 Arbeiter. Auf dem vernichteten Holzlagerplatz waren erst vor einigen Tagen fünf Waggon Holz frisch eingetroffen. Durch das Feuer wurde die telephonische Verbindung mit St. Georgen völlig zerstört.

DZ. **Schopfheim,** 18. Jan. Im benachbarten **Hausen** ist im Alter von 76 Jahren Fabrikant Friedrich **Behringer gestorben.** Er war zuerst Teilhaber, dann Fabrikleiter der Tuchfabrik Vortisch. Der Heimgegangene war ein eifriger Verehrer Hebels und gehörte zu den bekannten zwölf alten Mannen von Hausen, deren Sprecher er war.

bld. **Murg** (bei Waldshut), 18. Jan. Nach einer Meldung des „Albboten" sollen Bestrebungen im Gange sein, in Murg eine **Uhrenfabrik** zu errichten. Eine Abordnung des Gemeinderats ist zu dem in Betracht kommenden Uhrenfabrikanten gereist, um mit ihm über das Entgegenkommen seitens der Gemeinde und die näheren Bedingungen zu verhandeln.

Verschiedenes

Chamberlin über das Mißlingen der Ozeanflüge

Der Ozeanflieger Chamberlin, der dieser Tage zweimal vergeblich versucht hatte, einen neuen Dauerflugweltrekord aufzustellen, erklärte, er glaube jetzt zu wissen, weshalb so zahlreiche Atlantikflüge fehlgeschlagen hätten. Bereits 20 Minuten nach dem Start sei sein Flugzeug von einer etwa 50 Millimeter dicken Eisschicht überzogen gewesen und der Apparat dadurch derart beschwert worden, daß man 330 Gallonen Benzin habe ablassen müssen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. Jan. Geld	19. Jan. Brief	18. Jan. Geld	18. Jan. Brief
Amsterdam 100 G.	169.13	169.47	169.14	169.48
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.53	112.33	112.55
Italien . . 100 L.	22.185	22.252	22.185	22.225
London . . 1 Pfd.	20.439	20.479	20.445	20.485
Newyork . 1 D.	4.1910	4.1990	4.1930	4.2010
Paris . 100 Fr.	16.47	16.51	16.485	16.525
Schweiz . . 100 Fr.	80.765	80.935	80.775	80.935
Wien 100 Schilling	59.15	59.17	59.08	59.20
Prag . . 100 Kr.	12.424	12.444	12.428	12.448

Der Privatdiskont ist ab gestern für beide Sichten vor sechs ein Achtel auf sechs ein Viertel erhöht worden.

Der Bankdiskont von Frankreich wird heute, Donnerstag, im Laufe des Tages auf 3½ Proz. herabgesetzt.

Staatsanzeiger

Gesuch der Rudolf Tischer Witwe in Mannheim um Zulassung als Buchmacher daselbst.

Der Rudolf Tischer Witwe Emilie geb. Hildebrand in Mannheim ist die Erlaubnis erteilt worden, bis 31. Dezember 1928 in Mannheim, P 2, 6 II. Stock, gewerbsmäßig Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschließen oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 14. Januar 1928.

Der Minister des Innern
J. V.: Föhrenbach

Geschäftliches

Bruchheilung

Auf dem Gebiete der orthopädischen Bruchbehandlung ist sehr viel gesündigt worden, indem die Behandlung der Bruchkranken oft Laien (Sattlern, Bandagisten usw.) überlassen wurde.

Was mit einer exakten, gewissenhaften orthopädischen Behandlung der Brüche erreicht werden kann, hat das Hermes-Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg 36, durch jahrelange, intensive Arbeit, an Tausenden von Bruchleidenden bewiesen. Die von diesem Institut angewandte Methode hat vor allen anderen den Vorteil, daß die Bruchkranken ohne Unterbrechung alle Arbeiten, selbst die schwersten, während der Behandlung verrichten können.

RESTE

in
Herren- u. Damenstoffen
Weißwaren, Baumwollwaren, Gardinen, Seidenstoffen

sehr billig!

LEIPHEIMER & MENDE

Spar- und Waisenkasse Sinsheim.

Oeffentliche Sparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Verwaltungsgebäude .	1,—	1. Spar- und Giroeinlagen	910 878,01
2. Darlehen a. Gemeinden	119 620,50	2. Bereits gutgeschriebene Aufwertungseinlagen .	400,15
3. Darlehen an Private auf Schuldscheine . .	528 996.48	3. Reservefond	31 160,55
4. Darlehen auf 1. Hypothek	41 500,—	4. Reingewinn 1926 . .	20 547,96
5. Guthaben bei Banken und Postscheck . . .	211 563,15		
6. Zinsrückstände . . .	6 989,20		
7. Stückzinsen	2 008,10		
8. Rückst. Betreibungskosten	750,75		
9. Kontokorrent-Guthaben an Private	22 593,39		
10. Zinsrückstände (Aufwertung)	1 056,39		
11. Kassenvorrat a. 31.12.26	27 907,71		
	962 986,67		962 986,67

Gewinn- und Verlustrechnung.

Verlust.	RM	Gewinn.	RM
1. Verwaltungskosten § 16b	11 898,90	1. Zinsen	84 292,11
2. Verwaltungskosten § 16c	4 659,23	2. Von Liegenschaften . .	950,—
3. Zinsen u. sonstige Ausgaben	50 337,91	3. Von sonst. Einnahmen	2 316,33
4. Kosten auf ertragbare Liegenschaften	114,44		
5. Reingewinn 1926 . .	20 547,96		
	87 558,44		87 558,44

Sinsheim, den 20. Dezember 1927.

Der Verwaltungsrat:
Bgmstr. Sidler, Vorsitzender.

Die Verwaltung:
W. Edelmann, Sparkassenleiter.

M.350

„Hermes" **Bruch-Heilung** „Hermes"

Sprechstunde unseres Vertrauens-Arztes in:

Karlsruhe: Montag, den 23. Januar, vormittags 9—1 Uhr und nachmittags 2—7 Uhr, Hotel Lutz

Pforzheim: Dienstag, den 24. Januar, vormittags 9—1 Uhr und nachmittags 2—6½ Uhr, Hotel Hansa H.66

Bruchsal: Mittwoch, den 25. Januar, vormittags 9—1 Uhr, Bahnhofs-Hotel Friedrichshof.

„Hermes" Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Esplanade 6.
Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Von militärischer Lieferung vom Jahre 1927 bleibt am Lager 5000 Dtz.

Leintücher

ohne Naht, feinfädige, schneeweiße, leinene, garantiert Ia Ware, fehlerlos, welche ich für Erzeugungspreis ausverkaufe.
160×250 cm groß 1 Stück 8,— RM
150×250 cm groß 1 Stück 7,50 RM
Kleinste Abnahme ½ Dtz. versendet franko verzollt, per Nachnahme
Leinenweberei S. MARŠÍK, Prag XII, Londynska 57
(Versch. Leinwand, Tisch- und Handtücher usw. am Lager.) H.17

Wechsel-Kredit

erhalten Sie rasch u. billig. Anfragen unter H.77 gegen Rückporto an die Exp. d. Bl.

Lest Bücher Wissen gibt Macht!

Nutzholz-Versteigerung
des **Badischen Forstamts Renchen: Dienstag 31. Jan. 1928, vorm. 9 Uhr,** im Gasthaus zum „Bären" in Renchen aus Staatswald Mührig 148 fm Eichen, 110 fm Eschen, 2 fm Birken, 6 fm Hainbuchen, 1 Akazie, 5 Stück ak. Wagnerstangen, 23 Ster Eichennutzschichtholz und 23 Ster Eschennutzrollen 2 m lang. Maßlisten durch das Forstamt. M.351

Nutzholz-Versteigerung
Forstamt Schwetzingen
versteigert am Freitag, den **27. Januar 1928, vormittags 10 Uhr,** im Hotel Adler in Schwetzingen aus Distrikt I Hardt: 1073 fm Forlen-Abschnitte, hierunter zirka 200 fm **Glaserholz** u. 55 fm Forlen-Stämme. Maßliste durch das Forstamt. M.348

Schichtholz- und Stangenversteigerung.
Das **Forstamt Herrenwies** in **Forbach** versteigert am **Mittwoch, den 25. Januar 1928, nachmittags ½3 Uhr,** im Hotel Friedrichshof in Forbach: 100 Ster **Buchen**scheiter und -Prügel; 700 Ster **Nadel**scheiter und -Prügel; 100 Ster Papierholz; 3850 Stück Baustangen; 3030 Stück Hopfenstangen und 700 Stück Rebstecken. Das Holz zeigt vor: Förster Dinger und Merkel in Herrenwies, Bauknecht und Herzog in Hundsbach und Forstwart Bittmann in Erbersbronn. Losverzeichnisse durch das Forstamt. M.343

Badisches Landestheater
Freitag, 20. Januar 1928
*F 16 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 601—700
Die Macht des Schicksals
von Verdi
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von Otto Krauß
Marchese Dr. Wucherpfennig
Leonore Fanz
Don Carlos Rühr
Alvaro Nentwig
Pater Vogel
Fra Melitone Löser
Preziosilla Weiner
Trabuco Laufkötter
Alcalde Frey
Chirurgus Grötzinger
Curra Burgeff
Tanz einstudiert von Edith Bielefeld
Anfang 19½ Ende 22½
I. Rang und I. Sperrsitz 7 RM
Sa. 21. Jan. Zum erstenmal **Kilian oder: Die gelbe Rose**

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Bis 1. März täglich
Die große REVUE
Das lebende Magazin

Druck G. Braun, Karlsruhe